

Beschluss von der Sitzung des Bundesvorstandes am 8.5.2015

Headline:

GKV-Versorgungsstärkungsgesetz

Beschluss:

Der Bundesvorstand des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte lehnt die im GKV-Versorgungsstärkungsgesetz vorgesehene Schwächung freiberuflicher Arzt- und Zahnarztpraxen ab und fordert eine Korrektur des Gesetzentwurfes.

Begründung:

Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz wird entscheidend in die Rechte freiberuflich tätiger Ärzte und Zahnärzte eingegriffen:

- **Ausbau von MVZ-Strukturen**

Die Ermöglichung der Gründung fachbereichsidentischer und zahnmedizinischer Versorgungszentren (MVZ) führt nach Überzeugung des FVDZ zu einer weiteren Zentralisierung der Versorgung in größeren Einheiten. Die klassische freiberufliche Tätigkeit in der Einzelpraxis und in kleinen Berufsausübungsgemeinschaften, die bisher die flächendeckende Versorgung sichert, wird gefährdet. Durch MVZ in kommunaler Trägerschaft wird dieser Effekt weiter verstärkt.

- **Praxisverkauf – Eingriff in die Eigentumsgarantie**

Der FVDZ lehnt die geplanten Einschränkungen bei der Nachbesetzung in überversorgten Gebieten ab. Sie stellen eine nicht tolerierbare Erschwerung

des Verkaufs von Praxen und einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Eigentumsgarantie dar.

- **Selektivverträge**

Der im Gesetzentwurf vorgesehene Ausbau von Selektivvertragsstrukturen wird abgelehnt. Selektivverträge als Einkaufsmodelle der Krankenkassen führen zu monopolartigen Strukturen zu Lasten der Zahnärzteschaft und zu einer Einschränkung der freien Zahnarztwahl des Patienten.

- **Substitution**

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Vereinfachung der Substitution, also die Übertragung zahnärztlicher Tätigkeiten auf Nichtapprobierte zur selbständigen Ausübung, wird abgelehnt. Die Ausübung von Zahnheilkunde muss im Sinne des Patientenschutzes ausschließlich Zahnärzten vorbehalten bleiben.

- **Terminservicestellen**

Der FVDZ lehnt den Eingriff in eine selbst verantwortete Praxisorganisation und die Einschränkung der freien Arztwahl durch die vorgesehenen Terminservicestellen ab.

- einstimmig -